

## Umfrage zur Verwendung von Studiengebühren im Studiengang Informatik



An der Online-Umfrage vom 17. Dezember 2008 bis zum 31. Januar 2009 beteiligten sich insgesamt 846 Personen, davon 10,3 Prozent Hochschullehrer. Die GI hat hierzu lediglich ihre ca. 2.500 Studierenden und 145 Vertrauensdozenten aufgerufen. Der Rücklauf war damit also mehr als hervorragend (normalerweise erreicht man mit Umfragen nicht mehr als 10 Prozent des Quorums). Aufgerufen waren lediglich Personen, die tatsächlich von Studiengebühren „betroffen“ sind. Diese „Betroffenheitsskala“ wird von Baden-Württemberg mit deutlich 36 Prozent der Befragten angeführt, danach folgen Niedersachsen mit 23 Prozent und Bayern mit 17 Prozent der Befragten. Studierende und Hochschullehrer aus NRW beteiligten sich noch mit 14 Prozent an der Umfrage, die restlichen mit unter 5 Prozent.

Es beteiligten sich zu 75 Prozent Personen aus Universitäten an der Umfrage, nur 20 Prozent aus Fachhochschulen. Dies ist auf dem ersten Blick irritierend, liegt aber in der Struktur der GI Mitgliedschaft begründet, die sich in ganz ähnlicher Verteilung auch so wiederfindet.

Die Verwendung der Studiengebühren wird von den Studierenden wie auch von den Hochschullehrern im Studiengang Informatik gleichermaßen als passender und teilweise passender bewertet als die Verwendung an der Hochschule insgesamt. Hierbei fällt die Bewertung der Hochschullehrer (erwartungsgemäß) noch positiver aus, als die der Studierenden. 46,4 Prozent der Hochschullehrer betrachten die Verwendung der Studiengebühren im Studiengang als passend und zu 29 Prozent als teilweise passend. Studierende teilen diese Ansicht zu 11,6 bzw. 41,3 Prozent.

In der Einschätzung, wofür das Geld im Studiengang ausgegeben wird, liegen Studierende und Hochschullehrer nicht so weit auseinander: Das meiste Geld wird für Infrastruktur und für Lehrpersonal ausgegeben, am wenigsten für Lehrmittel. Gleichwohl gaben 17,4 Prozent der Studierenden an, dass für Lehrpersonal kein EURO ausgegeben wird, Hochschullehrer sind zu 14 Prozent dieser Meinung.

Nach umgesetzten und nicht umgesetzten Maßnahmen zur Verwendung der Studienbeiträge gefragt, gab es 788 Nennungen für nicht umgesetzte sowie 91 Nennungen für umgesetzte Maßnahmen (Hochschullehrer und Studierende gemeinsam). Umgesetzte Maßnahmen beziehen sich auf „Technische Ausstattung/Infrastruktur“ (31 Nennungen), „Bessere Betreuung/Tutorien“ (21 Nennungen) und „Ausstattung mit Lehrmaterialien/Skripte“ (17 Nennungen). Die gleiche Reihenfolge gibt es auch bei den nicht umgesetzten Maßnahmen bzw. den Vorschlägen hierzu (s. Diagramme und Grafiken, S. ).

Hier enden dann aber auch schon im Wesentlichen die Gemeinsamkeiten zwischen Studierenden und Hochschullehrern. Bei der Frage, ob denn Studierende über die Verwendung der Beiträge beteiligt sind, antworteten 57,4 Prozent der Hochschullehrer mit „Ja“, aber nur 18,8 Prozent der Studierenden sehen sich beteiligt. Umgekehrt verneinen die Studierenden zu 26,5 Prozent diese Frage, bei den Hochschullehrern sind dies nur knapp 10 Prozent. Auch die Einschätzung darüber, ob Studierendenvertreter beratend oder mitentscheidend an der Vergabe der Studienbeiträge beteiligt sind, geht zwischen Studierenden und Hochschullehrern deutlich auseinander. Hochschullehrer sehen die Studierenden zu 68,5 Prozent „mitentscheidend“ und zu 11,1 Prozent „beratend“ an der

Vergabe der Mittel beteiligt. Die Studierenden selbst sehen ihre Vertretungen nur zu 32,7 Prozent „mitentscheidend“ und zu 33 Prozent „beratend“. Im Übrigen haben wir dabei unter den Hochschullehrern 20 Prozent der Befragten, die darüber nichts Genaueres wissen, bei den Studierenden sogar fast 35 Prozent.

Wie bereits in ähnlichen anderen Umfragen zur Verwendung von Studienbeiträgen ermittelt, kann auch durch die GI-Umfrage kritisch festgestellt werden, dass es an Informationen, Offenheit und Transparenz fehlt. Über die gesetzlichen und hochschulinternen Regelungen zur Verwendung der Mittel fühlen sich lediglich 6 Prozent der Studierenden gut informiert, von den Hochschullehrern sind dies 26,7 Prozent. Nicht gut informiert sehen sich 58 Prozent der Studierenden und 20 Prozent der Hochschullehrer. Ähnlich deutlich sehen die Umfragewerte bei der Wahrnehmung des Informationsstandes hinsichtlich der Verwendung der Mittel in Hochschule und Studiengang aus: Nur 10,6 Prozent der Studierenden fühlen sich darüber gut informiert, aber ein Drittel der Hochschullehrer tut dies. Nicht gut informiert sehen sich 57,3 Prozent der Studierenden und immerhin noch 26,7 Prozent der Hochschullehrer.

Eine Verbesserung der Verwendung der Studiengebühren seit Einführung wollen an der Hochschule 26,7 Prozent und im eigenen Studiengang immerhin 31,7 Prozent der befragten Hochschullehrer beobachtet haben. Diese Einschätzung schließen sich aber nur 8,5 Prozent der Studierenden für die Hochschule insgesamt an, aber immerhin 13 Prozent für den Studiengang Informatik.

Unter den Hochschullehrern halten 55 Prozent die Studienbeiträge für berechtigt (23,7) und teilweise berechtigt (32,2). Naturgemäß sehen das die Studierenden etwas anders: Nur 11,2 Prozent und 34 Prozent würden sich einer positiven Sicht der Dinge anschließen. Drei Viertel der befragten Studierenden halten die Beiträge für eine Belastung, 56 Prozent der Hochschullehrer sehen dies ebenso. Bei der Aussage „Die Verwendung der Studienbeiträge ist im Allgemeinen überzeugend“ enthielten sich fast 40 der Hochschullehrer einer Bewertung, nur etwa der gleiche Anteil kommt zu einer positiven Bewertung. Unter den Studierenden wurde die Aussage hier deutlich mit mehr als 60 Prozent verneint. Deutliche Kritik muss auch hier wieder an die Öffentlichkeitsarbeit der Hochschulen gerichtet werden. Die Aussage „Die Verwendung der Studienbeiträge ist im Allgemeinen transparent“ wurde von den Studierenden mit wiederum mehr als 60 Prozent verneint, Hochschullehrer stimmten zu 18,6 Prozent der Aussage nicht zu, wichen aber in 37 Prozent der Fälle einer Antwort aus. Teilweise Zustimmung dazu gaben jeweils gut 30 Prozent der Hochschullehrer und der Studierenden an.

Wir wollten außerdem von den Befragten wissen, was sie glauben, wie die o.g. Fragen von der Mehrheit der Studierenden im Studiengang beantwortet werden würden. Interessanterweise gab es hier weder bei den Hochschullehrern noch bei den Studierenden nennenswerte Abweichungen zu der eigenen Meinung.

Zuletzt zum Thema Belastung durch Studienbeiträge: 41,7 Prozent der Informatik-Studierenden bezahlen die Beiträge selbst, in 33,7 Prozent der Fälle bezahlten die Eltern, in knapp 25 Prozent sind die Eltern teilweise an der Finanzierung beteiligt.

## **Zusammenfassung:**

- Anders als der Fachbereichstag Informatik (der im übrigen dieser Befragung kritisch gegenüberstand) hat die Konferenz der Fachbereiche Physik (KFP) eine eigene Erhebung durchgeführt: „Die KFP-Umfrage hat gezeigt, dass die Physik-Fachbereiche bemüht sind, die Lehr- und Studiensituation durch die ihnen direkt zukommenden Anteile der Studiengebühren zu verbessern“ (Physik Journal, Bd. März 2009, S. 31). Dieser Einschätzung kann man sich auch für die Informatik anschließen, wenn man die durchweg bessere Einschätzung für die Verwendung der Studiengebühren im eigenen Fachbereich mit der Einschätzung für die Hochschule insgesamt in diesem Sinne interpretiert.

- Gleichwohl ist Skepsis angebracht: Einerseits bezüglich der politischen Einstellung gegenüber den Studiengebühren im Allgemeinen, siehe das Beispiel Hessen, andererseits auch hinsichtlich der Rahmenbedingungen zur Verwendung der Mittel. Einerseits muss verhindert werden, dass sich die Länder in dem Maße aus ihrer Verantwortung zurückziehen, wie zusätzliche Mittel in die Hochschulen fließen, andererseits möchte man auch nachhaltige Projekte umsetzen, z B. die Einrichtung zusätzlicher Stellen. Zurzeit wird sehr viel Kreativität dazu verbraucht, in diesem Spannungsfeld gute und sinnvolle Projekte umzusetzen. Die Ergebnisse der Umfrage scheinen vor diesem Hintergrund nüchtern und realistisch, auch wenn der Grundtenor der Informatik-Studierenden mehrheitlich ablehnend ist. Drei Viertel der befragten Studierenden empfindet die Studienbeiträge als Belastung. Immerhin 41 Prozent der Informatik-Studierenden kommen in irgendeiner Weise selbst für die Finanzierung der Beiträge auf.

- Noch ein Zitat aus einer Studie im Auftrag des Innovationsministeriums NRW: „Unsere Untersuchung hat gezeigt, dass zwar die Hochschulen die Gebühren dem Gesetzestext folgend zweckentsprechend verwendet haben, dass es aber bei den Studierenden erhebliche Akzeptanzprobleme gibt. Das zeigt, dass es ganz wichtig ist, dass die Hochschulen gezwungen werden, die Verwendung transparenter zu machen“, so der Generalsekretär des Studentenwerkes Achim Meyer auf der Heyde (Manager-Magazin online, 12.04.2009). Dem Ergebnis, wie auch der Forderung können wir uns uneingeschränkt anschließen. Darüber hinaus wurde selbst bei den Hochschullehrern eine deutliche Unsicherheit hinsichtlich des Wissens um die Verwendung der Studienbeiträge sichtbar.

Gesellschaft für Informatik e.V. (GI), im Juni 2009.

Für Rückfragen: Ludger Porada, ludger.porada@gi-ev.de